

Kommunal-Kammer soll Städte vertreten

Bielefelder Situation vor „KompetenzNetz“ erläutert

VON WILFRIED MASSMANN

■ **Bielefeld.** Oberbürgermeister Pit Clausen „kämpft dafür“, dass neben dem Landtag für die Städte in Nordrhein-Westfalen eine eigene Kammer eingerichtet wird. „Oder ein Kommunal-Rat“, wie er vor Mitgliedern und Gästen des „KompetenzNetz e.V.“ erklärte. Solch eine Einrichtung auf Bundesebene könne zur Zeit aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht angestrebt werden.

Clausen sagte im Lessinghaus, er mische sich als Bielefelder Oberbürgermeister im Vorstand des NRW-Städtetages und im Hauptausschuss auf Bundesebene gezielt ein, um den Kommunen ein Mitspracherecht, neben dem Landtag rechtlich zu sichern. Gerade in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen müssten die Städte einfach stärker Position beziehen. „Es kann nicht mehr alles so bleiben, wie es ist.“

Gefordert wird, dass das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, zahlt – eingehalten wird. Laut Clausen sind von den jährlich rund 150 Millionen Euro Fehlbetrag in Bielefeld etwa 110 Millionen „extern verursacht“.

Die Stadt hat eine Bilanzsumme von gut 2,4 Milliarden Euro und über 800 Millionen

Altschulden. Der jährliche Fehlbetrag von etwa 150 Millionen werde „in den nächsten Jahren nicht in den Griff zu kriegen sein“. Pit Clausen: „Wir sind auf dem Weg der bilanziellen Überschuldung, die kann 2016 bis 2018 eintreten.“

Auch wenn eine Stadt nicht, wie ein Privatbetrieb, insolvent gehen kann, schließt der Jurist eine Auseinandersetzung zwischen Kommunen und Land NRW nicht aus. Sie muss dann gerichtlich entschieden werden. Die Lösung der weiter anhaltenden Misere – zwei Drittel der NRW-Städte sind oder erwarten ihre Überschuldung – könne nur extern erfolgen.

Für 40 Millionen von 150 Millionen Euro Fehlbetrag hat die Stadtverwaltung Kürzungsvorschläge erarbeitet, die aber auch Steuer- und Gebührenerhöhungen vorsehen. Der Oberbürgermeister sagte, die Verwaltung habe für 47 Millionen Euro Vorschläge erarbeitet, weil Verwaltungsvorlagen nie unverändert den Stadtrat passieren.

Clausen – „Ich bin Chef von 5.000 Mitarbeitern“ – versicherte seinen Zuhörern: „Die Wirtschaft ist der Motor in dieser Stadt.“ Er lehnt aber Überlegungen ab, die Gewerbesteuer abzuschaffen oder umzulegen auf Einkommen- oder Umsatzsteuer. Die Gewerbesteuer macht gut 20 Prozent der städtischen Einnahmen aus.

Clausen wünscht sich von den Bürgern, dass sie sich mit ihrer Stadt identifizieren. Der von ihm favorisierte „Bielefeld-Pakt“, parteiübergreifend auf 20 Jahre angelegt, sei eine Richtungsbeschreibung für Bildung, Umwelt, Wirtschaft. Niemand finde sich darin 1:1 wieder.

Aus seinem Südafrika-Urlaub hat sich der Oberbürgermeister ein aus dem Afrikanischen über- setztes Wort im Sinne von „Gelassenheit“ mitgebracht. Trotz geltendem Nothaushaltsrechts, betont er: „Eine Stadt ist nicht nur Haushaltskonsolidierung.“ Im übrigen versicherte der 48-Jährige: „Ich bin für sechs Jahre gewählt, und ich habe vor, noch einmal anzutreten.“

Geschäfte befördern

■ Das KompetenzNetz e. V. wurde 2004 gegründet. Ihm gehören 19 Firmen – vornehmlich Dienstleister – aus OWL an, die sich untereinander keine Konkurrenz machen. Die meisten Mitglieder sind aus Bielefeld. Vorsitzender ist Thorsten Grabbe, Vize Michael Fredebeul. Vereinsziel ist es, „Geschäftsbeziehungen zu fördern“ (Grabbe). Nach Angaben von Brigitte Meier, Prokuristin der städtischen WEGE, sind Netzwerke „Impulsgeber unserer regionalen Wirtschaft“.

Neue Regeln für den Notfall

Was die Reform Ärzten und Patienten bringen soll

VON BIRGIT GUHLKE

■ **Bielefeld.** Bielefeld hat vor mehr als zehn Jahren bereits vorgemacht, was im Bezirk der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe ab 1. Februar mit der Reform des Notfalldienstes landesweit eingeführt werden soll: Zu den Notdienstzeiten sollen Patienten immer unter derselben Rufnummer Informationen und dann in einer an eine Klinik angeschlossenen Notfallpraxis Hilfe bekommen. Es gibt aber auch hier Veränderungen.

Und diese betreffen in erster Linie die Mediziner. „Mit der Reform haben wir den Notdienstbereich für Westfalen-Lippe neu geordnet“, erklärt der Sprecher der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, Andreas Daniel. Bislang gab es für den Bezirk 178 Notfalldienstbereiche, ab Februar sind es nur noch 32.

Und das sei – auch angesichts des demografischen Wandels und Ärztemangels vor allem in ländlichen Regionen – dringend nötig. Zum Vergleich: In der Großstadt Bielefeld gibt es insgesamt 578 Ärzte, deren Aufgabe es ist, „die ambulante Versorgung der Patienten zu jeder Zeit sicherzustellen“, wie es in der Notfalldienstordnung heißt. In Vermold aber gibt es nur 20.

„An dieser Stellschraube müssen wir dringend drehen.“ Teils ist das schon umgesetzt: So gehört zum Bielefelder Notfalldienstbereich bereits jetzt die Nachbargemeinde Leopoldshöhe. Dort gibt es sieben Medizi-

ner, die auch nach Praxisschluss für ihre Patienten da sein müssen.

Zum Notdienstbereich Bielefeld gehören ab Februar zudem Werther, Borgholzhausen, Halle, Steinhagen, Vermold, Schloß Holte-Stukenbrock, Oerlinghausen und eben Leopoldshöhe. Für die Kollegen aus kleineren Städten und Gemeinden entspannt sich die Lage, Ärzte aus Großstädten seien dann ein wenig häufiger dran – „aber man hört noch kein Murren“.

Außerdem soll es sowohl in Gütersloh wie auch in Halle eine Notfallpraxis, ähnlich dem bereits etablierten Bielefelder Modell, an einer Klinik geben. Die Patienten indes können nach wie vor selbst entscheiden, zu welcher Notfallpraxis sie fahren wollen.

Neu wird in jedem Fall eine einheitliche Notdienst-Rufnummer für die Patienten – mit Anschluss an ein Callcenter in Duisburg. Medizinische Fachangestellte sollen dort die Anfragen entgegen nehmen, nach den Problemen fragen und die Hilfe koordinieren. Ist ein Hausbesuch nötig, sollen die Ärzte mit ihrem Fahrdienst (in Bielefeld vom Arbeitersamariter-Bund) zu den Patienten gelotet werden können. Per GPS.

Außerdem werde die Notfalldienstzeit ausgedehnt: montags, dienstags, donnerstags von 18 bis 8 Uhr, mittwochs und freitags von 13 bis 8 Uhr, am Wochenende und feiertags rund um die Uhr.



Erste Station: Vor dem Bielefelder Hauptbahnhof sehen sich die Schüler aus Münster, Lublin und Rishon LeZion die Gedenktafeln für die deportierten Juden an. Bernd Wagner vom Stadtarchiv (links) erklärt, dass die Stifter wollten, dass alle ermordeten Juden einen Namen haben und mit den mehr als 600 Einträgen auf den Tafeln daran erinnert werden soll.

FOTO: BABETT JAHN

Auf Spurensuche in Bielefeld

Schüler aus Münster, Polen und Israel verfolgen den Weg deportierter Juden

VON BABETT JAHN

■ **Bielefeld.** Sie wollen ihrer eigenen Vergangenheit auf den Grund gehen, um gemeinsam an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Dafür begeben sich 45 Oberstufenschüler aus dem westfälischen Münster, dem polnischen Lublin und dem israelischen Rishon LeZion auf eine Reise entlang der Stationen eines jüdischen Deportationsstransportes. Erster Halt: Bielefeld.

Kurz nach halb neun treffen die Schüler mit dem Zug aus Münster ein. Gut zwei Stunden haben sie Zeit, dann geht es mit dem Bus weiter nach Theresienstadt. Bernd Wagner vom Stadtarchiv Bielefeld nimmt die Gruppe in Empfang. Er muss englisch sprechen, denn nur die Münsteraner Jugendlichen verstehen deutsch.

Auf dem Bahnhofsvorplatz begleitet er die Schüler zu den Gedenktafeln für deportierte Bielefelder Juden. „Dieses Mahnmal hat ein Verein gestiftet“, erklärt er. Jeder ermordete Jude habe darauf wieder einen Namen bekommen und könne so nicht vergessen werden.

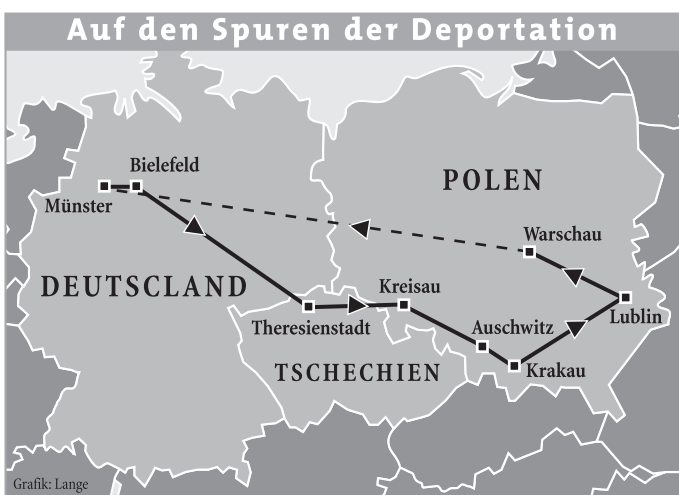
Weiter geht es zum Kesselbrink. Vor dem Gebäude der Volksbank erklärt Wagner, dass dort, wo heute die Friedrich-Ebert-Straße verläuft, damals ein Restaurant gewesen sei: „Dort hat man die Juden zusammengetrieben, bevor sie deportiert wurden“, sagt der Historiker. Immer, wenn es 150 an der Zahl gewesen seien, hätten die Nazis sie zum Bahnhof gebracht: „Viele Leute haben später behauptet, sie hätten nie etwas gesehen, nichts davon gewusst.“

Vom Kesselbrink läuft die Gruppe im Gänsemarsch zur Turnerstraße. Dort sehen sich die Schüler die Gedenktafel für die einstige Synagoge an. „Bis vor 15 Jahren war hier nichts,



Nur die Gedenktafel bleibt: In der Turnerstraße sehen sich Josefina Kersting, Guy Zagury und Krzysztof Jaworski (v.l.) den Standort der einstigen Bielefelder Synagoge an. Sie war 1938 in der Reichspogromnacht von den Nazis niedergebrannt worden.

FOTO: BABETT JAHN



niemand wusste, wo die alte Synagoge gestanden hatte“, sagt Wagner. Als der Historiker erzählt, dass Bielefeld seit zwei Jahren eine neue Synagoge habe, sucht ein Lächeln über die Gesichter einiger israelischer Schüler.

Vor allem Tal Genosar freut sich über diese Neuigkeit. Der Lehrer unterrichtet Film an der Revivim High School in Rishon LeZion und hatte die Idee für das Drei-Nationen-Projekt. „Rishon, Lublin und Münster sind Partnerstädte“, sagt er.

„Über diese Verbindung habe ich versucht, Schulen zu finden, die sich für meine Idee begeistern können.“

Das Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium aus Münster ist seinem Aufruf gefolgt. „Ich habe in meinem Geschichts-Leistungskurs gefragt, ob die Schüler Interesse haben, und sie waren sofort Feuer und Flamme“, sagt die stellvertretende Schulleiterin Bärbel Dahlhaus. Über das Entgegenkommen des Bielefelder Stadtarchivs habe sie sich sehr gefreut: „Die haben hier richtige Schätze für uns ausgegraben.“

Bei einem so sensiblen Thema wie dem Holocaust zeigt sich schnell, wie verschieden die Perspektiven der israelischen, deutschen und polnischen Schüler sind. Diese Erfahrung hat auch die Geschichtslehrerin gemacht: „Als wir gestern die Villa ten Hompel in Münster besucht haben, haben sich die Schüler ein Interview mit einem Polizisten aus der Nazizeit angehört, der an einem Erschießungskommando beteiligt war, aber selbst nicht geschossen hat.“

Anschließend sei die Frage aufgekommen, ob er dennoch schuldig sei. Die deutschen und die polnischen Jugendlichen hätten dies verneint, da es keine Beweise gebe. Auf israelischer Seite sei man der Ansicht gewesen, dass er schon deshalb schuldig sei, weil er dabei war: „Da sind die Emotionen hochgeköcht.“

Doch die Schüler haben sich nicht umsonst entschieden, diese Reise zu unternehmen. „Nur so können wir mit Stereotypen brechen und eine andere Sichtweise für die Verfolgung der Juden bekommen“, sagt die 17-jährige Shaked Fruitman. Jeder der 45 Schüler trägt einen Schal um den Hals. „Together for a change“, gemeinsam verändern, steht darauf. Tal Genosar glaubt daran, dass es gelingen kann: „Für eine bessere Zukunft.“

Kleinkriminelle fliegen nach Bordellbesuch auf

VON JENS REICHENBACH

■ **Bielefeld.** Ein Bordellbesuch in Jölllenbeck endete für die Insassen eines vollbepackten und vollbesetzten Autos aus Bulgarien in einer peinlichen Polizeikontrolle. Die Beamten erstatteten anschließend Anzeige wegen Drogen am Steuer, Drogen- und Waffenbesitzes, Unterschlagung und Diebstahls.

Ein Zeuge hatte der Polizei am Dienstag kurz nach 2 Uhr einen BMW gemeldet, der die Jölllenbecker Straße in Schlangenlinien entlangkurvte. Der Zeuge lotste die Polizei schließlich zu dem vollbesetzten Wagen in Schildesche.

Im BMW saßen drei Männer (26, 30, 39) und zwei Frauen (21 und 23) aus Bulgarien. Da der offensichtlich berauschte Fahrer kein Wort deutsch sprach, über- setzte die 23-jährige Mitfahrerin aus Dortmund. Nach ihren Angaben wollte die Gruppe nach einem Bordellbesuch in Jölllenbeck nach Dortmund fahren. Da sie eine Tankstelle suchten, hatten sie sich verfahren.

Laut Polizeisprecher Friedhelm Burchard waren alle Insassen bis auf den 26-Jährigen bereits polizeilich in Erscheinung getreten. Die Staatsanwaltschaft Dortmund suchte den 30-jährigen Fahrer. Ein Drogentest bei ihm verlief positiv, weitere Drogen fanden sich in den unzähligen Taschen im Kofferraum. „Im Handschuhfach befand sich ein Elektroschocker, der Fahrer hatte ein ausgeklapptes Springmesser griffbereit in seiner Jacke“, resümiert Burchard. Bei dem 26-jährigen fanden die Beamten eine Wuppertaler Nahverkehrs-Dauerkarte, die offenbar gestohlen war.

Für zwei der drei Männer hagelte es Anzeigen: Gegen den 30-jährigen Fahrer wegen Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz und wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz; gegen den 26-jährigen Beifahrer wegen Unterschlagung. Das Rauschgift, das Messer und die Fahrkarte wurden von der Polizei sichergestellt.

Bielefeld hat weltweite Universität

Die Universität Bielefeld ist eine von sieben Gewinnerinnen der 3. Runde des Best Practice-Wettbewerbs „Welcome Centres“ für weltweite Universitäten. Ausgeschrieben hatten den Wettbewerb die Alexander von Humboldt-Stiftung, die Deutsche Telekom-Stiftung und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Prämiert werden Forschungseinrichtungen für die herausragende Betreuung ausländischer Wissenschaftler sowie für ihre Konzepte zur Weiterentwicklung von „Welcome Centres“.

Der Welcome Service für internationale Wissenschaftler der Universität Bielefeld zählt somit zum Netz der in den drei Durchgängen insgesamt 13 ausgezeichneten Welcome Centres bundesweit. Mit der Auszeichnung ist ein Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro verbunden.

Seit Juni 2010 leitet Beatrice Künzel den Welcome Service. Mit Monika Bokermann sorgt sie dafür, dass Wissenschaftler aus aller Welt eine kompetente Beratung und Betreuung erhalten, wobei die Serviceleistungen individuell nach den jeweiligen Bedürfnissen zusammengestellt werden.

Märchen am Herdfeuer

■ **Bielefeld.** Die nächste Märchenstunde im Bielefelder Bauernhaus Museum an der Ochsenheide ist am Sonntag, 31. Oktober, um 15 Uhr. Märchenzählerin Margret Oetjen liest das Märchen „Der Mond und das Mädchen“.



Zeitzeugnis: In Bielefeld im Stadtarchiv gibt es Fotos vom Deportationszug nach Riga am 13. Dezember 1941; da noch in Personenwagen, später nur noch in Viehwagons.

FOTO: STADTARCHIV



Seltene Bilder: Im Stadtarchiv nutzen Rebekka Holz, Shiran Huberman und Nina Hetmanska (v.l.) die Gelegenheit, sich alte Fotos der Deportationen anzusehen.

FOTO: BABETT JAHN